

# **Gute Bildung für alle: Herausforderungen für die Migrationsstadt Wien**

3. Statement des Wiener Integrationsrats,  
Wien, 19. Dezember 2022

## **ZUSAMMENFASSUNG**

Die vergangenen Jahrzehnte haben in ganz Österreich zu einer wachsenden Heterogenität unter Kindern und Jugendlichen im Schul- und Vorschulbereich geführt. Die migrationsgeprägte Vielfalt zeigt sich insbesondere in den Städten und hier in der Entstehung von superdiversen Klassenverbänden, besonders im Bereich der Wiener Pflichtschulen. Mit der wachsenden Heterogenität einher gehen spezifische Herausforderungen an ein urbanes Bildungssystem und multiple Probleme, die die Bildungschancen von Schüler\*innen aus bildungsärmeren Familien massiv einschränken.

Der Wiener Integrationsrat empfiehlt die Weiterentwicklung der Deutschförderung, z.B. durch mehr Autonomie der Schulen in der Umsetzung sowie dem ausschließlichen Einsatz von Lehrpersonen mit DaZ-Ausbildung, wie in einer kürzlich öffentlich gewordenen Evaluierung der Deutschförderklassen nahegelegt wird. Des Weiteren wird angeregt, die Erziehungskompetenz in den Familien zu stärken und damit nicht nur direkt in Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern auch indirekt über den Einfluss der Familien zur Bildung der Kinder beizutragen. Für Bildungsentwicklung und -erfolg muss allerdings primär die Schule verantwortlich bleiben, damit durch die teilweise Auslagerung des schulischen Bildungsauftrags in die Familien bestehende soziale Ungleichheiten nicht zusätzlich verschärft werden.

Auf allen Ebenen der Bildungsarbeit gilt es des Weiteren, gendersensible Aspekte miteinzubeziehen. Dies ist keineswegs auf das Thema der Integration in der Migrationsgesellschaft beschränkt, allerdings kommt gendersensiblen Aspekten in der integrativen Bildungsarbeit eine besondere Rolle zu. Reformmaßnahmen im superdiversen Schulsystem sind schließlich stets durch wissenschaftliche Evaluation zu begleiten und die Implementation der Maßnahmen sollte unter Einbindung von Expertise aus der Implementationsforschung erfolgen.

## **EINLEITUNG: AKTUELLE KRISEN**

Die krisenhaften Entwicklungen der vergangenen Jahre haben das Wiener Bildungssystem vor nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Durch die COVID-19-Pandemie bedingte Schulschließungen führten dazu, dass die Bildungsschere zwischen Kindern aus Familien mit und ohne Migrationsgeschichte noch weiter aufging. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zur Ankunft tausender ukrainischer Kinder und Jugendlicher geführt, wodurch insbesondere an Wiener Schulen kurz- und mittelfristig der Bedarf an zusätzlichen Lehr- und Personalkräften enorm gestiegen ist. Gleichzeitig droht die durch den Krieg bedingte Inflation die Zahl armutsgefährdeter Haushalte in Österreich zu vergrößern, was einen höheren Anteil finanziell schlechter gestellter Schüler\*innen an Wiener Schulen zur Folge hätte. Nicht zuletzt verschärft auch der demographische Wandel durch die beginnende Pensionierungswelle unter Pädagog\*innen den spürbaren Nachwuchs- und Personalmangel.

In der Zusammenschau führen all diese Entwicklungen zu einer wachsenden Heterogenität unter Schüler\*innen und Vorschulkindern. Dadurch kann sich auch die Benachteiligung jener unter ihnen, die bereits vor den genannten Krisen durch den sozioökonomischen und Bildungshintergrund ihrer Herkunftsfamilie schlechter gestellt waren, in Zukunft noch weiter verstärken. Gleichzeitig sollten auch positive Lernerfahrungen aus den Krisen nicht vergessen werden. Dazu zählt die in weiten Teilen gelungene Bildungsinklusion ukrainischer Kinder und Jugendlicher, etwa durch die niederschwellige und pragmatische Anstellung muttersprachlicher Lehrkräfte vor Abschluss der Nostrifikation ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse. Ebenso wurde die Resilienz und Flexibilität des Bildungssystems durch selbstorganisiertes, digitalisiertes Lernen während der COVID-19-Pandemie erhöht.

### **1. SUPERDIVERSITÄT, FEHLENDE DEUTSCHKOMPETENZEN UND MULTIPLE BILDUNGSBENACHTEILIGUNGEN**

Die migrationsgeprägte Vielfalt in der Stadt zeigt sich insbesondere in superdiversen Klassenverbänden der Wiener Pflichtschulen. Diese Schulen zeichnen sich durch eine sehr hohe Vielfalt aus, in denen es keine stabilen ethnischen und sprachlichen Mehrheiten gibt. Mit der Einschulung von Kindern und Jugendlichen, die im Zuge der Flüchtlingsbewegung 2015/16 nach Österreich gekommen sind, sowie auch durch die verstärkte Zuwanderung aus Osteuropa, hat diese Pluralisierung nochmals zugenommen (Statistik Austria 2019: 10).

Dieser Trend der Superdiversifizierung führt dazu, dass sich die zuvor beobachteten ethno-linguistischen Sprachinseln und Kleingruppen, primär aus türkisch- oder serbokroatisch-sprechenden Schüler\*innen, zugunsten sprachlich gemischter Freundeschiquen zurückbilden (Statistik Austria 2022: 25f). Diese herkunftsbezogene und sprachliche Mikrodiversifizierung der Klassenverbände verstärkt, dass sich Kinder und Jugendliche in den Freundesgruppen immer weniger in der Erstsprache unterhalten können und sich Deutsch als gemeinsame Verkehrssprache durchsetzt. Dadurch fühlen sich auch die Lehrer\*innen eher imstande, das Geschehen in der Klasse und die Kommunikation zwischen Schüler\*innen besser zu verstehen.

Wie Umfragen mit Lehrer\*innen und Schüler\*innen an Wiener Mittelschulen jedoch zeigen, ist das untereinander gesprochene Deutsch der Schüler\*innen sehr häufig unzureichend. Das Fehlen hinreichender Deutschkenntnisse betrifft dabei Schüler\*innen der jünger zugewanderten Gruppen ebenso wie auch viele der schon länger ansässigen migrantischen Familien und wird über den schulischen Werdegang nicht hinreichend aufgefangen<sup>1</sup>.

Verstärkt wird dieser Prozess durch verschiedene formale und informelle, sozial-strukturelle wie auch räumliche Segregationsprozesse. Neben der frühen Selektion und Segregation von Schüler\*innen an Mittelschulen und höher bildenden Schulen, wirkt auch die sozioökonomische Segregation polarisierend – trotz Versuchen der Stadt Wien über soziale Durchmischungsstrategien hier graduell entgegenzuwirken. Die schulische Polarisierung wird dadurch verstärkt, dass autochthone und migrantische Bildungsmittelschichten und -oberschichten ihre Kinder in Privatschulen schicken (Statistik Austria 2022: 22 & 30), und es dadurch zu einer weiteren Verdichtung von Kindern aus bildungsferneren Familien in bestimmten Grund- und Mittelschulen kommt.

Somit kumulieren multiple Probleme, die die Bildungschancen von Schüler\*innen aus bildungsärmeren Familien massiv einschränken. Diese Probleme zeigen sich in einer migrationsgeprägten Stadt wie Wien deutlich markanter als in anderen österreichischen Städten. Auf diesen stärkeren Handlungsbedarf versucht die Stadtregierung mit verschiedenen Ansätzen zu reagieren. Neben der allgemeinen Forderung nach einer gemeinsamen Schule bis zur 8. Klasse braucht es unter anderem umfassende Schulentwicklungsprozesse in Schwerpunktschulen, in die alle Schulpartner\*innen eingebunden werden.

---

<sup>1</sup> Vgl. Pilotprojekt „Respekt-Gemeinsam Stärker!“ Stadt Wien; Befragung von 341 Lehrer\*innen & 2.119 Schüler\*innen an 10 MS/NMS. Die schlechten Deutschkenntnisse der Schüler\*innen bewerten insgesamt 80% (mangelhaft 40% und problematisch 41%) als ein Problem, welches auch in der Kommunikation und Kontaktqualität mit den Eltern zu beobachten ist.

## 2. DEUTSCHFÖRDERUNG OPTIMIEREN

Seit dem Schuljahr 2018/19 gibt es ein Deutschfördermodell gemäß dem Schüler\*innen, die dem Unterricht aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse nicht folgen können, in eigenen Deutschförderklassen (bei ungenügenden Deutschkenntnissen) bzw. in unterrichtsparallelen Deutschförderkursen (bei mangelhaften Deutschkenntnissen) unterrichtet werden. Sie sind damit außerordentliche Schüler\*innen. Zur Feststellung ihrer Deutschkenntnisse wird der MIKA-D (Messinstrument zur Kompetenzanalyse – Deutsch) eingesetzt. Ist die Anzahl der Schüler\*innen mit mangelhaften oder ungenügenden Deutschkenntnissen geringer als acht, ist die Ausnahme vorgesehen, dass die Schüler\*innen integrativ in der Regelklasse nach den jeweiligen Lehrplan-Zusätzen unterrichtet werden. Als Erfolgsindikator der Deutschförderung gilt der möglichst rasche Umstieg vom außerordentlichen in den ordentlichen Status.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) gab Ende 2020 eine wissenschaftliche Evaluationsstudie in Auftrag, die diejenigen Implementierungsfaktoren des Deutschfördermodells identifizieren sollte, die die Verweildauer im außerordentlichen Status beeinflusst haben könnten<sup>2</sup>.(2) An der Befragung, die in April und Mai 2022 durchgeführt wurde, nahmen insgesamt 693 Personen (Schulleitungen und Lehrpersonen) aus 93 Schulen teil. Basierend auf den Ergebnissen der Evaluationsstudie wurden von den Studienautorinnen folgende Empfehlungen für die Weiterentwicklung und Optimierung der Deutschförderung abgeleitet: Weiterentwicklung des MIKA-D zur differenzierten Prüfung der Ziele der Deutschförderung; mehr Autonomie und Flexibilität für Schulen in der Umsetzung des Deutschfördermodells; weitere Förderung von Schüler\*innen, die nach zwei Jahren noch keine ausreichenden Deutschkenntnisse aufweisen; Unterricht in der Deutschförderung nur durch Lehrpersonen mit DaZ-Ausbildung, jedoch Sensibilisierung aller Lehrpersonen für dieses Thema. Die Implementierung des weiterentwickelten Deutschfördermodells sollte unter Einbindung der Stakeholder-Gruppen geplant und umgesetzt sowie durch eine Evaluation begleitet werden. Zusätzlich wurde empfohlen ein systematisches und längsschnittliches Monitoring einzurichten und mit Registerdaten zu vernetzen.

In Anbetracht der hohen Relevanz von ausreichenden bzw. guten Sprachkenntnissen für die Bildungskarriere junger Menschen und der hohen Zahl an Schüler\*innen in Wien, die eine Deutschförderung benötigen, wird eine Weiterentwicklung der Deutschförderung entsprechend der Ergebnisse der Evaluationsstudie empfohlen.

Was die Stadt Wien unternehmen könnte:

- Unterricht in der Deutschförderung nur durch Lehrpersonen, die eine entsprechende Ausbildung haben (DAZ)
- Incentives für die Bereitschaft zur Ausbildung
- Sensibilisierung aller Lehrpersonen für die Deutschförderung – auch in der Sekundarstufe; besonders wichtig ist diagnostische Kompetenz
- Schulbücher für alle Kinder in der Deutschförderung
- Evaluation der gesetzten Maßnahmen

## 3. ELTERNEINBINDUNG UND DIE ROLLE DER FAMILIEN

Für die frühe Bildung von Kindern hat die Situation der Familien immense Bedeutung. Daher gibt es vermehrt Bestrebungen, Kindertageseinrichtungen (elementare Bildung) zu Familienzentren weiterzuentwickeln. Ziel solcher Einrichtungen ist es, durch niederschwellige Angebote die Erziehungskompetenz in den Familien zu stärken und damit nicht nur direkt in Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern auch indirekt über den Einfluss der Familien zur Bildung der Kinder beizutragen.

Frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) sind wesentlich für den Bildungserfolg von Kindern; dabei kommt jedoch der Qualität des konkreten pädagogischen Angebots eine besondere Bedeutung zu. So zeigte sich z.B. ein Zusammenhang zwischen der Anregung kindlichen Lernens in der Kindertageseinrichtung und der Entwicklung von Selbstkontrolle und sozialem Verhalten am Ende der Volksschule. Positiv auf die Qualität wirkt sich ein günstiges Verhältnis zwischen der Zahl der Fachkräfte und Kinder aus sowie eine am einzelnen Kind ausgerichtete Orientierung in der Kindertageseinrichtung.

Kinder aus ökonomisch schwachen und bildungsfernen Familien sind im österreichischen Bildungssystem stark benachteiligt. Eine andere Herkunftssprache als Deutsch verstärkt diese Benachteiligung. Um dem entgegenzuwirken, bräuchte es daher eine systematische FBBE von ganz klein auf, unter systematischer Einbindung der Eltern. Das findet in Österreich nicht statt, im Gegensatz etwa zu skandinavischen Ländern, wo FBBE und aufsuchende Familienarbeit selbstverständlich sind. In Österreich kommen Kinder aus solch mehrfach benachteiligten Familien sehr oft mit erheblichen Entwicklungsrückständen in den Kindergarten. Dort gelingt es nicht, diese Defizite zu beheben, unter anderem wegen viel zu großer Gruppen und zu wenig

<sup>2</sup> <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/ba/sprabi/dfk.html>

Personal. Als Konsequenz werden diese Defizite in die Volksschule mitgenommen, wo es ebenfalls aus strukturellen Gründen meist nicht gelingt, diese auszugleichen und in der Sekundarstufe I werden die Rückstände in weiterer Folge noch größer.

Eine weitere große Schwachstelle ist, dass in Österreich die Mitwirkung der Eltern beim Lernen für die Schule vorausgesetzt wird. Kinder, deren Eltern diese Arbeit nicht leisten oder Nachhilfe nicht bezahlen können, werden dadurch hierzulande strukturell benachteiligt.

In den letzten Jahren hat sich die Forderung, dass Eltern sich stärker in die schulischen Belange und den Bildungserfolg ihrer Kinder einbringen sollen, zu einem bildungsbezogenen Mantra entwickelt. Die Hoffnung, die dahintersteckt, ist eine teilweise Entlastung der Schulen und eine bessere Bildungsunterstützung der Kinder durch eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Lehrer\*innen und Eltern.

Die Schattenseite dieser Bestrebung ist jedoch, dass durch die Einbindung der Eltern der schulische Bildungsauftrag teilweise in die Familien ausgelagert wird und dadurch soziale Ungleichheit verschärft wird. Während die Bildungsunterstützung zum Teil selbst für bildungsstarke Familien eine Herausforderung darstellt, sind bildungsfernere Eltern mit dieser Aufgabe oft überfordert, insbesondere wenn Eltern mehrere Kinder zu unterstützen haben. Zudem fehlt es ihnen mitunter an sprachlichen und bildungsbezogenen Ressourcen. Dadurch werden Kinder aus ressourcen- und bildungsstarken Familien bessergestellt und jene aus ressourcen- und bildungsarmen strukturell benachteiligt, weil die Eltern die benötigte Unterstützung nicht leisten können. Dieser Effekt wird verstärkt durch den Aufstieg in höhere Schulstufen, in denen Hausaufgaben noch stärker selektiv wirken. Nicht nur das Potenzial der Kinder, sondern auch das Bildungskapital der Eltern bestimmt damit stark den Schulerfolg der Schüler\*innen.

Was die Stadt Wien unternehmen könnte:

- Systematische Einbindung der Eltern im Kindergarten: Elternberatung an den Standorten, unter Einbeziehung von Dolmetscher\*innen; Deutschkurse und Alphabetisierungskurse, vor allem auch für Frauen, am jeweiligen Standort, möglichst an Vormittagen (wie etwa „Mama lernt Deutsch“ oder das neue Angebot von Elternkursen an Schul- und Kindergartenstandorten in vier Sprachen).
- Personal mit Ausbildung für Deutsch als Zweitsprache und Mehrsprachigkeit an Wiener Kindergärten einsetzen. Geflüchtete mit den Muttersprachen der Kinder als Unterstützung einsetzen.
- Sobald die größte Personalnot behoben ist: kleinere Gruppengrößen im Kindergarten, gemäß international üblichen Standards.
- Aufsuchende Elternarbeit von klein an, die (laut derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen) auch von Lehrer\*innen übernommen werden kann.
- Massive Aufstockung des sogenannten Unterstützungspersonals an Schulen, besonders an Schulen mit großen Herausforderungen.
- Flächendeckende ganztägige Betreuung an allen Wiener Pflichtschulen als vorrangiges Ziel.
- Community- und Grätzl-Projekte, wie das Projekt „Community Kommunikator\*innen“, vernetzen und erweitern. Lerncafés breiter zugänglich machen.
- Für Bildungsentwicklung und -erfolg muss primär die Schule verantwortlich sein. Das Angebot an Ganztagschulen sollte ausgebaut werden, in denen Schüler\*innen ihren Hausaufgaben und Übungen von Pädagog\*innen unterstützt machen können.

#### **4. LEHRBERUFE IN DIE SCHULEN BRINGEN**

Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen sehen für ihre eigene Zukunft oft wenig Chancen. Ihnen fehlt es häufig an Informationen und Vorbildern in attraktiven Berufsfeldern. Ihre Eltern, die selbst in geringqualifizierten Berufen tätig sind, und das ähnliche soziale Umfeld, in dem sie sich befinden, können ihnen nicht aktiv zeigen, welche beruflichen Möglichkeiten es für Lehrlinge gibt. Das ist der Hauptgrund, warum sich die meisten Jugendlichen, insbesondere in den urbanen Gebieten, für die klassischen Lehrausbildungen entscheiden.

Noch immer ist beispielsweise die Top 1 Lehrauswahl bei Mädchen die Einzelhandelskauffrau, gefolgt von Bürokauffrau und Friseurin, obwohl es zahlreiche besser bezahlte Alternativen in medizinischen, industriellen und viele anderen Sparten gibt. Diesem Problem der geringen Wahrnehmung von Möglichkeiten und Chancen lässt sich begegnen, indem Unternehmen erlaubt wird, für ihre Lehrstellen in den Schulen zu werben.

## 5. GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE

In der Bildungsarbeit auf allen Ebenen gilt es gendersensible Aspekte umfassend mitzubedenken. Dies ist keineswegs auf das Thema der Integration in der Migrationsgesellschaft beschränkt, allerdings kommt gendersensiblen Aspekten in der integrativen Bildungsarbeit eine besondere Rolle zu, nicht zuletzt, weil auch Vorurteile in der österreichischen Gesellschaft über Migrationsgruppen sich stark auf Genderrollen beziehen. Hier zeigt die pädagogische Forschung sehr deutlich die Wichtigkeit und Möglichkeiten emanzipatorischer Mädchen\*- und Buben\*arbeit auf.

Was die Stadt Wien unternehmen könnte:

- Emanzipatorische Mädchen\*- und Buben\*arbeit in allen Bildungsebenen: Perspektiven Mädchen\* mit Migrationsbiografie erfahren häufig mehrfache Diskriminierung, der in Bildungseinrichtungen systematisch entgegengewirkt werden muss. Dazu gehört auch gendersensible Buben\*arbeit.
- Geschlechtersensible Berufsberatung: Die Ausbildung von Mädchen und Buben in nichttraditionellen Berufen kann zur Emanzipation beitragen und sollte gefördert werden.

## 6. EVALUATION UND IMPLEMENTATION VON MASSNAHMEN IM BILDUNGSBEREICH

Reformmaßnahmen im superdiversen Schulsystem scheitern oft deswegen, weil sie nicht auf ihre Wirksamkeit geprüft werden und ihre Umsetzung nicht entsprechend geplant und realisiert wird. Gründe dafür sind u.a. Probleme in der Kommunikation und Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Statt Implementation („making it happen“) gibt es häufig nur Dissemination („letting it happen“). Um eine Maßnahme erfolgreich flächendeckend umzusetzen, braucht es jedoch wissenschaftsgestützte Evaluation und Implementation.

Im ersten Schritt sind die Ziele der Maßnahme festzulegen (idealerweise unter Einbindung der zentralen Stakeholder, wie Kinder und Jugendliche sowie Eltern mit und ohne Migrationsgeschichte) und auch, wie die Zielerreichung geprüft werden kann (= Operationalisierung der relevanten Merkmale). Im nächsten Schritt sollte die Maßnahme an einer kleinen Stichprobe (z.B. von Schulen mit und ohne Superdiversität) auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Dies geschieht am Besten in einem Experiment, bei dem die Maßnahme in einer Gruppe durchgeführt wird (Versuchsgruppe) und eine zweite Gruppe die Kontrollgruppe bildet (d.h. sie erhält keine Maßnahme). Um kausale Aussagen über die Wirkung einer Maßnahme treffen zu können, muss die Zuteilung zu beiden Gruppen zufällig erfolgen. Die für die Zielerreichung relevanten Merkmale werden in beiden Gruppen sowohl vor als auch nach der Maßnahme erhoben. Idealerweise erfolgt auch eine weitere Erhebung im zeitlichen Abstand nach der Maßnahme, um längerfristige Effekte zu prüfen.

Wenn die positive Wirkung der Maßnahme nachgewiesen werden kann (Zielerreichung in der Versuchsgruppe, jedoch nicht in der Kontrollgruppe), sollte eine flächendeckende Umsetzung in der schulischen Praxis erfolgen. Relevante Bedingungen für erfolgreiche Implementierung sind eine differenzierte Information an alle beteiligten Gruppen, die sorgfältige Durchführung der geplanten Prozessschritte von Pilotprojekten bis zur allgemeinen Umsetzung der Maßnahme, die Berücksichtigung von kontextspezifischen Rahmenbedingungen sowie die Berücksichtigung des Vorwissens und der Einstellungen jener Personen, die die Maßnahme umsetzen sollen, z.B. Lehrpersonen. Wenn die Stadt Wien eine flächendeckende erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Bildung und Migration erzielen will, sollte sie daher die Expertise von Evaluations- und Implementationsforschung einbinden.

Wenn man sich die reale Situation im Bildungsbereich ansieht, so wird der ideale Prozess der Schritte von Zieldefinition bis zur nachhaltigen Implementation von Maßnahmen inklusive der Prüfung der Wirksamkeit durch Evaluation, so gut wie nie realisiert, was auch mit Blick auf den hohen zeitlichen Aufwand durchaus nachvollziehbar ist. Vielmehr werden Maßnahmen „rollierend“ umgesetzt. Dennoch ist zu fordern, dass die Ziele der Maßnahme festgelegt und Daten über die Ausgangssituation erhoben werden. Die Implementation der Maßnahme sollte dann unter Einbindung von Expertise aus der Implementationsforschung erfolgen und die Wirksamkeit der Maßnahme durch Evaluation geprüft werden (Vergleich mit der Ausgangssituation). Mit Blick darauf, dass es sich um Steuergelder handelt, muss Transparenz über Prozess und Ergebnisse gewährleistet sein.